

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO

Mark Rutte wird neuer Generalsekretär

Die NATO hat entschieden: Der scheidende niederländische Ministerpräsident Mark Rutte wird ab Oktober neuer Generalsekretär des Verteidigungsbündnisses und damit Nachfolger von Jens Stoltenberg. Der 57-jährige Rutte bringt viel Erfahrung mit, war er doch der am längsten amtierende Regierungschef in der Geschichte der Niederlande. In seiner fast 13-jährigen Amtszeit hat er sich den Ruf eines geschickten Diplomaten und Konsensbildners erworben. Rutte übernimmt die Führung der NATO in einer Zeit grosser Herausforderungen. Der andauernde Krieg in der Ukraine und die zunehmenden geopolitischen Ambitionen Chinas werden ganz oben auf seiner Agenda stehen. Auch intern gilt es, die Einheit der Allianz zu wahren, angesichts des Er-

starkens nationalistischer und populistischer Strömungen in diversen Mitgliedsstaaten. Eine weitere Bewährungsprobe könnte bereits einen Monat nach seinem Amtsantritt mit der möglichen Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten auf ihn zukommen. Rutte bringt aber genau diejenigen Qualitäten mit, die es für diese Herausforderungen braucht. In den Niederlanden hat er wiederholt bewiesen, dass er in der Lage ist, tragfähige Koalitionen auch in schwierigen politischen Konstellationen zu schmieden. Auf internationalem Parkett hat er sich als Vermittler und «Dealmaker» einen Namen gemacht, etwa beim EU-Türkei-Abkommen zur Eindämmung der Flüchtlingskrise 2016. Auch im Umgang mit Trump könnte sich Ruttes Pragmatismus als wertvoll erweisen – immerhin soll ihn der Ex-Präsident einst als «Trump-Flüsterer» bezeichnet haben. Klar ist: von Rutte werden entschlossene Führung und klare Positionen erwartet. Als einer der heftigsten Kritiker

von Wladimir Putin wird er den Kurs der NATO gegenüber Russland zudem weiter verschärfen. Die Unterstützung für die Ukraine dürfte er mit Nachdruck vorantreiben, ebenso den Ausbau der Abschreckung an der NATO-Ostflanke. Auch die Lastenteilung innerhalb des Bündnisses und die Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels bei denVerteidigungsausgaben werden ein Thema bleiben, wenngleich per Ende 2024 die meisten Mitglieder das geforderte Soll erreichen werden. Den Zusammenhalt des Bündnisses muss er mit Fingerspitzengefühl an- und dabei gründlich auf die Befindlichkeiten der einzelnen Mitglieder eingehen. Gerade im Umgang mit Ländern wie Ungarn oder der Türkei wird seine Fähigkeit zur Moderation und Kompromissfindung gefragt sein. Auch die Kooperation mit der EU gilt es weiter auszubauen, ohne dabei die Nicht-EU-Mitglieder der NATO zu verprellen. Mit Rutte bekommt die Allianz einen erfahrenen Krisenmanager und überzeugten Transatlantiker

an der Spitze. Putins Russland wird in ihm einen entschlossenen Gegenspieler finden. Und sollte Trump zurück ins Weisse Haus einziehen, hätte die NATO immerhin jemanden, der weiß, wie man mit ihm umgehen muss. *pk*



Nach Amtsabgabe in Den Haag mit dem Velo nach Hause: der designierte NATO-Generalsekretär Mark Rutte.
Bild: Premierminister Dick Schoof via X

ITALIEN

Zoll beschlagnahmt illegale China-Drohnen für Libyen

Italienische Behörden haben Anfang Juli eine illegale Waffenlieferung aus China nach Libyen aufgedeckt und beschlagnahmt. Bei einer Routinekontrolle im süditalienischen Hafen Gioia Tauro entdeckten Zollbeamte in sechs Containern Komponenten für zwei chinesische Militärdrohnen vom Typ Wing Loong II. Die Drohnenteile waren als Windturbinenausrüstung getarnt, um das von den Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo gegen Libyen zu umgehen. Nach Angaben der italienischen Behörden sind die

Drohnen über 10 Meter lang, haben eine Flügelspannweite von etwa 20 Metern und wiegen jeweils mehr als drei Tonnen. Auf einer der Drohnen prangte sogar der irreführende Schriftzug «The energy saving world». Die Fracht war auf dem Containerschiff MSC Arina aus dem chinesischen Hafen Yantian auf dem Weg nach Bengasi, einer Hochburg von General Khalifa Haftar, dem mit der Regierung rivalisierenden ehemaligen Militäroffizier und nunmehr Warlord im Osten Libyens. Italienischen Medienberichten zufolge erfolgte der Zugriff nach einem Tipp des US-Geheimdienstes. Bereits im April hatten kanadische Ermittler zwei in Kanada lebende Libyer wegen des Verdachts festgenommen, den Kauf chinesischer Drohnen im Tausch gegen libysches Rohöl zu

organisieren. Die Beschuldigten sollen als Vermittler zwischen einem chinesischen Unternehmen und Haftars Vertretern gehandelt haben. Der Vorfall wirft auch Fragen zu den zunehmend engeren Beziehungen zwischen Haftar und Russland auf. Moskau nutzt den libyschen Hafen Tobruk seit Monaten, um Waffen und Truppen für russische Operationen in Afrika zu verlegen. Auch setzt Russland im Krieg gegen die Ukraine ver-

stärkt auf Söldner aus Libyen. Der Bürgerkrieg in Libyen dauert seit dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 an. Das Land ist zwischen rivalisierenden Regierungen im Osten und Westen gespalten. Die internationale Gemeinschaft bemüht sich um eine politische Lösung, doch illegale Waffenlieferungen, wie die nun aufgedeckten, untergraben den Friedensprozess. *pk*



Keine Windturbine, sondern eine chinesische Drohne des Typs Wing Loong II.
Bild: Guardia di Finanza

RUSSLAND

Umbau des Verteidigungsministeriums

Russlands Verteidigungsministerium befindet sich im Umbruch. Präsident Wladimir Putin hat im Zuge einer gross angelegten Umstrukturierung Anfang Juli vier stellvertretende Verteidigungsminister entlassen und eine Verwandte in eine der frei gewordenen Positionen berufen. Zu den Entlassenen gehören Nikolai Pankov, Ruslan Tsalikov, Tatiana Shevtsova und Pavel Popov. Die Entlassungen folgen auf Berichte über Be-

stechung unter hochrangigen Beamten des Ministeriums im April. Eine der Neuernennungen ist Anna Tsivileva, eine Tochter von Putins verstorbenem Cousin. Sie soll sich auf die Verbesserung der sozialen Unterstützung und Unterbringung von Militärangehörigen konzentrieren. Leonid Gornin, ehemaliger erster stellvertretender Finanzminister, wurde zum neuen ersten stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Seine Hauptaufgaben sind die Verbesserung der finanziellen Transparenz und die effektive Nutzung der Haushaltssmittel. Unterdessen soll die ehemalige stellvertretende Verteidigungsministerin Tatiana Shevtsova



In den Westen desertiert: Tatiana Shevtsova. Bild: Pressebüro des Präsidenten

mit Milliarden nach Frankreich geflohen sein. Sie war für die Finanzströme im Verteidigungsministerium verantwortlich und hatte im Laufe der Jahre teure Wohnungen, Grundstücke und Luxusautos erworben. Nach ihrer Entlassung entschied sie

sich offenbar, ihr Glück im Westen zu suchen, anstatt in Russland zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die letzten vergleichbaren Veränderungen im Ministerium gab es nach der Invasion in die Ukraine im Februar 2022. *pk*

EUROPA

Ostgrenze wird zur EU-Verteidigungsline

Angesichts der anhaltenden Bedrohung durch Russland haben Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen die Europäische Union dazu aufgerufen, eine kollektiv finanzierte Verteidigungsline entlang der östlichen EU-Aussengrenze zu errichten. In einem gemeinsamen Brief erklärten die vier Länder: «Es

müssen aussergewöhnliche Massnahmen ergriffen werden, da die EU-Aussengrenze mit militärischen und zivilen Mitteln geschützt und verteidigt werden muss.» Die Initiative baut auf bestehenden Projekten wie «Shield East» und «Baltic Defence Line» auf, die in den letzten Jahren ins Leben gerufen wurden, um Verteidigungsanlagen und Infrastruktur an den Grenzen zu Russland und Belarus aufzubauen. Ziel ist es, die EU vor militärischen und hybriden Bedrohungen zu schützen, die sich aus einer Kombination aus militä-

rischen und nichtmilitärischen Aktionen zusammensetzen, darunter Desinformation, Cyberangriffe, wirtschaftlicher Druck und die Instrumentalisierung von Migration. Der Umfang und die Kosten eines solchen gemeinsamen Vorhabens erfordern laut den vier Ländern ein entschlossenes Handeln der EU, um es politisch und finanziell zu unterstützen. EU-Diplomaten schätzen die Kosten für den Bau dieser Verteidigungsline entlang der 700 Kilometer langen Grenze zu Russland und Belarus auf rund 2,5 Milliarden Euro. Der Aufruf folgt auf eine

frühere Initiative Polens und Griechenlands, die den Aufbau eines EU-Luftabwehrsystems nach dem Vorbild des israelischen Iron Dome gefordert hatten. Ziel war es, die derzeit getrennten Luftverteidigungssysteme der EU-Mitgliedstaaten zu koordinieren, um die EU besser vor militärischen Bedrohungen und anderen destruktiven Aktivitäten zu schützen. Hintergrund der Forderungen sind die sich verstärkenden hybriden Operationen Russlands gegen den Westen. Westliche Geheimdienste warnen zunehmend vor russischen Spionage- und Sabotagegefahren in ganz Europa. Auch Deutschland hat seine Bereitschaft signalisiert, Polen bei der Stärkung der Sicherheit an der östlichen EU-Aussengrenze zu unterstützen. Dies wurde bei den jüngsten deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Warschau deutlich. Premierminister Mateusz Morawiecki betonte, dass die effektive Sicherung der Grenze auch im Interesse Deutschlands liege. Beide Länder wollen zudem bei der Schaffung eines «Iron Dome» über dem polnischen Himmel zusammenarbeiten. *pk*



Zaun an der Grenze Lettlands zu Weissrussland. Bild: lettisches Innenministerium

SERBIEN

Belgrads Spagat nach Kiew

Serbien, ein langjähriger Verbündeter Russlands, hat im Jahr 2024 eine bemerkenswerte Rolle in der Unterstützung der Ukraine gespielt, indem es Munition im Wert von etwa 800 Millionen Euro über Drittstaaten lieferte. Diese Lieferungen erfolgten trotz Serbiens offizieller Neutralität und der Weigerung, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Präsident Aleksandar Vucic bestätigte diese Praxis und betonte, dass die Exporte legal und im Rahmen von Verträgen mit verschiedenen westlichen Ländern stattfanden. Die ersten Berichte über diese Lieferungen in diesem Ausmass tauchten im Juni auf, als bekannt wurde, dass serbische Munition über Vermittler in die Ukraine gelangt war. Diese Enthüllungen sorgten für Aufsehen, da Serbien als enger Verbündeter Russlands gilt und traditionell eine prorussische Haltung einnimmt. Präsident Vucic erklärte jedoch, dass Serbien sowohl Freundschaften mit Kiew als auch mit Moskau

pflege und dass die Exporte Teil des wirtschaftlichen Wachstums des Landes seien. Bereits voriges Jahr wurde klar, dass die Ukraine nicht ohne Munitionslieferungen aus den ehemaligen Ostblockstaaten auskommen kann. Damals wurde bekannt, dass serbische Unternehmen wie Balkan Novoteh genau die Geschosse herstellen, die für Panzer der T-54/55-Familie und Feldkanonen M1944 (BS-3) aus den 1940er- und 1950er-Jahren entwickelt wurden, und diese auch an der Front in der Ukraine eingesetzt werden. Mit einer Reichweite von etwa 20 km und einem TNT-Sprengkopf von 1,5 kg haben diese M63P1-Granaten eine beträchtliche Zerstörungskraft. Serbien verfolgt deshalb einen ähnlichen Ansatz wie Bulgarien, das zu Beginn des Krieges bis zu einem Drittel der benötigten Munition an die Ukraine lieferte: Trotz fehlender offizieller Unterstützung der Regierung können serbische Rüstungsunternehmen ihre Produkte frei an die Ukraine oder – was der präferierte Weg ist – westliche Vermittler verkaufen. Die Reaktion aus Moskau liess nicht lange auf sich warten. Kreml-Sprecher Dmitri Peskov kündigte an, das Thema mit den serbischen Partnern zu

besprechen, um die Situation zu klären. Diese diplomatische Zurückhaltung deutet darauf hin, dass Russland möglicherweise versucht, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass Serbien trotz seiner Waffenlieferungen ein treuer Verbündeter bleibt. Pro-russische Stimmen in Belgrad monieren aber, dass die serbische Regierung die Ukraine politisch und diplomatisch unterstützte, während sie sie indirekt mit Waffen versorgte. Diese Doppelstrategie könnte die Spannungen in der Region weiter verschärfen, insbesondere da Serbien weder Mitglied der NATO noch der EU ist und seine Bevölkerung historisch eine prorussische Haltung einnimmt. Vucic betonte deshalb in mehreren Interviews, dass Serbien seine Munition legal exportiere und dass es nicht seine Verantwortung sei, was die Käufer letztendlich damit machten. Er erklärte, dass Serbien Verträge mit Ländern wie den USA, Spanien und Tschechien habe und dass diese Länder die Munition möglicherweise an die Ukraine weiterleiteten. Diese indirekten Lieferungen seien ein wichtiger Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs Serbiens und unerlässlich für die heimischen Waffenfabriken. Diese

historische Verbindung und die aktuelle geopolitische Lage machen Serbien deshalb zu einem wichtigen, wenn auch inoffiziellen Akteur im Ukraine-Konflikt. Westliche Länder, insbesondere die USA, arbeiten deshalb intensiv daran, Serbien von Russland zu distanzieren. Ein nicht namentlich genannter (westlicher) Diplomat erklärte dazu, dass die Bemühungen des US-Botschafters in Belgrad, Christopher Hill, darauf abzielten, Belgrad von Moskau zu lösen. Diese Bemühungen scheinen teilweise erfolgreich gewesen zu sein, da Vucic seit Jahren nur noch spärlich Kontakt zu Präsident Putin hatte. *pk*



Ein ukrainischer Kanonier hält ein serbisches M63P1-Geschoß.
Bild: War Noir/X

BELARUS

Chinesisch-belorussische Militärübung «Eagle Assault 2024»

Am 9. Juli 2024 begann in Belarus nahe der Grenze zu Polen die elftägige Militärübung «Eagle Assault 2024» zwischen chinesischen und belarussischen Truppen. Es ist das erste bilaterale Manöver dieser Art, nachdem beide Länder bereits 2022 an der russischen Übung «Vostok» teilgenommen hat-

ten. Laut chinesischem Verteidigungsministerium dient die Übung der Verbesserung der Koordinationsfähigkeiten und der Vertiefung der praktischen Zusammenarbeit beider Armeen. Trainiert werden Anti-Terror-Einsätze wie Geiselbefreiungen. Belarus gab an, dass auch Luftlandeoperationen, Flussüberquerungen und Häuser- sowie Ortskampf geübt werden. Die Übung findet vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen dem Westen und Russland statt. Belarus ist ein enger Verbündeter Moskaus und unterstützt den Krieg in der Ukraine, indem es russischen

Truppen sein Territorium als Aufmarschgebiet zur Verfügung stellt. Gleichzeitig baut Belarus seine Beziehungen zu China aus. 2023 trat es der von China und Russland geführten Shanghai Cooperation Organisation bei. Die Militärübung mit China könnte deshalb ein Versuch von Machthaber Lukaschenko sein, die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Für Polen und die NATO ist die Präsenz chinesischer Truppen in Europa ein alarmierendes Signal. Es zeigt Pekings Bereitschaft, sich stärker in die Sicherheitslage auf dem Kontinent einzumischen. So hätte eine chinesisch-rus-

sische Militärallianz weitreichende Folgen für das strategische Gleichgewicht. *pk*



Einweisung für Chinesen auf der Airbase Baranovici.
Bild: Volkbefreiungsarmee

DEUTSCHLAND

Klotzen für die Bundeswehr

Die Bundeswehr steht vor einer umfassenden Modernisierung und Aufrüstung, die durch ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro ermöglicht wird. Verteidigungsminister Boris Pistorius zog Anfang Juli eine positive Halbjahresbilanz bei der Beschaffung: 42 sogenannte 25-Millionen-Euro-Vorlagen mit einem Volumen von 27 Milliarden Euro seien vom Parlament gebilligt worden. Diese Vorlagen sind ein zentrales Instrument der politischen Kontrolle über Rüstungsinvestitionen. Projekte mit einem Investitionsvolumen in diesem Rahmen oder mehr müssen vor Vertragsabschluss die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages erhalten. Der Ver-

teidigungshaushalt 2024 ist mit 51,95 Milliarden Euro der höchste in der Geschichte der Bundeswehr. Zusätzlich stehen rund 19,8 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung. Diese Mittel werden in Personal, Ausrüstung und Betrieb der Streitkräfte investiert. Ein zentrales Element dieser Bemühungen ist die Ausstattung der neuen Brigade in Litauen, die bis Ende 2027 voll einsatzfähig sein soll. Diese Brigade ist ein prägnantes Beispiel für die neuen strategischen Ausrichtungen der Bundeswehr. Diese wird aus drei Kampftruppenverbänden bestehen: dem Panzergrenadierbataillon 122 aus Bayern, dem Panzerbataillon 203 aus Nordrhein-Westfalen und der multinationalen NATO-Battlegroup Litauen. Diese Einheiten werden durch Artillerie-, Aufklärungs-, Versorgungs- und Pioniertruppen sowie durch einen Brigadestab und weitere Unterstützungskräfte ergänzt.



Eines der 25-Millionen-Projekte: die Aufstockung von Stinger und Ergänzung mit Brimstone. Bild: Bundeswehr/Florian Sorge

Ziel ist es, eine schlagkräftige und einsatzbereite Truppe zu schaffen, die die NATO-Gipfelbeschlüsse von Madrid und Vilnius umsetzt und zur Vorneverteidigung beiträgt, also der NATO-Verpflichtung aus den 1980er-Jahren, ihr Gebiet so weit ostwärts wie möglich zu verteidigen. Die Bundesregierung hat bereits konkrete Massnahmen zur Beschleunigung der Rüstungsbegehren eingeleitet. So wurde beispielsweise die Beschaffung von Bekleidung und persönlicher Ausrüstung für die Soldaten im Wert von 2,4 Milliarden Euro vorgezogen und soll nun bereits ab Ende 2025 erfolgen. Auch die Bewaffnung

der Heron-TP-Drohnen wurde zügig vorangetrieben. Allerdings stellt die Stationierung in Litauen die Bundeswehr vor grössere logistische und finanzielle Herausforderungen. Denn der Aufbau der notwendigen Infrastruktur und die Verlegung der Truppen erfordern erhebliche Investitionen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Soldaten und ihre Familien angemessen versorgt werden. Der Heeresinspekteur Alfons Mais hat deshalb bereits darauf hingewiesen, dass die materielle Ausstattung der neuen Brigade bisher nicht vollständig in den Haushaltsplänen berücksichtigt ist. *pk*

AFGHANISTAN

UNO-Konferenz: Taliban diktieren Bedingungen

Die Vereinten Nationen stehen vor einem Dilemma im Umgang mit den Taliban. Dies zeigte sich erneut bei der jüngsten UNO-Konferenz zu Afghanistan in Doha, Katar. Zum ersten Mal

seit ihrer Machtübernahme im August 2021 nahmen Vertreter der Taliban an einer solchen Konferenz teil. Doch die Bedingungen dafür diktieren die Islamisten: Afghanische Frauen waren von den Gesprächen ausgeschlossen. Menschenrechtsgruppen übten scharfe Kritik an diesem Vorgehen der UNO. Sie sehen darin einen Kniefall vor den Taliban, nur um überhaupt mit ihnen ins Gespräch zu kommen. UNO-Generalsekretär An-

tonio Guterres räumte ein, dass man in zentralen Fragen blockiert sei. Die Taliban denken aber nicht daran, von der Unterdrückung und Ausgrenzung der Frauen aus dem öffentlichen Leben abzurücken. Dabei ist die Not im Land gross. Über 20 Millionen Afghanen sind dringend auf Hilfe angewiesen. Doch um diese zu leisten, muss die UNO mit den Taliban kooperieren – und wertet sie damit international auf. Die Hoffnung, dass die Islamisten im Gegenzug Zugeständnisse bei den Menschen- und Frauenrechten machen würden, hat sich bisher nicht erfüllt. Im Vorfeld der Konferenz hatten Deutschland und zehn weitere Länder in einem Brief an die UNO sogar mit einem Boykott des Treffens gedroht, sollten nicht auch Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft beteiligt werden. Doch die Taliban blieben hart. Sie wollen als alleinige legitime Vertreter

Afghanistans anerkannt werden. Seit ihrer Rückkehr an die Macht haben die Taliban die Rechte von Frauen und Mädchen massiv beschnitten. Sie dürfen nicht mehr zur Schule gehen und nicht mehr arbeiten, mit Ausnahme weniger Berufe im Gesundheitswesen. Zuletzt erliess das Regime ein Dekret, das die Gehälter von Frauen im Staatsdienst auf ein Minimum kürzt. Angesichts der katastrophalen Zustände im Land sehen viele keine Alternative dazu, um mit den Taliban im Gespräch zu bleiben. Anders sieht das Russlands Präsident Wladimir Putin: «Wir betrachten die Taliban als Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus.» Der russische UNO-Botschafter deutete deshalb an, dass Moskau die Sanktionen gegen die Taliban aufheben könnte, um die wirtschaftliche Lage in Afghanistan zu verbessern. *pk*



Taliban an der UNO-Konferenz in Doha. Bild: Zabihulla Mujahid, Taliban-Sprecher